

ALOIS GUGER  
CHRISTINE MAYRHUBER

## ERWERBSBETEILIGUNG UND ALTERSSICHERUNG

### AUSWIRKUNGEN DER ARBEITSMARKTENTWICKLUNG AUF DIE PENSIONSQUOTE

*Die finanzielle Stabilität des Alterssicherungssystems wird nicht nur durch die Demographie und das Pensionssystem, sondern auch durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bestimmt. Die Perspektive einer schrumpfenden Zahl von Erwerbspersonen lässt in den nächsten Jahrzehnten eine zunehmende Überschussnachfrage auf dem Arbeitsmarkt und einen Anstieg der Erwerbsquoten erwarten. Je höher die Erwerbsquote und das Beschäftigungsniveau sind, umso größer ist die Zahl der Beitragszahler und umso niedriger die Pensionsquote. Unter realistischen Arbeitsmarktperspektiven ist längerfristig mit deutlich geringeren Pensionsquoten zu rechnen, als in den bislang veröffentlichten Studien erwartet wurde.*

In der Pensionsdiskussion steht bisher die demographische Entwicklung als Begründung für die Notwendigkeit einer Pensionsreform im Vordergrund. Der Zusammenhang zwischen Demographie und Pensionsfinanzierung ist aber nur indirekt. Direkte Wechselbeziehungen bestehen zwischen der Arbeitsmarktpartizipation und den daraus abgeleiteten Pensionsansprüchen. Für die Ausgabenseite der Pensionsversicherung spielt darüber hinaus der Familienstatus eine bedeutende Rolle, da 16% des Pensionsaufwands in Witwen- und Witwerpensionen sowie knapp 1% in Waisenpensionen fließen.

Die Europäische Kommission verweist seit ihrem Symposium „Towards a Society for All Ages“ 1998 in Wien regelmäßig auf die Bedeutung einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung in Europa, um trotz des demographischen Alterungsprozesses den Anstieg der Altersabhängigkeitsraten zu dämpfen (*European Commission*, 1998); und in ihrem jüngsten „Bericht über die soziale Lage in Europa 1999“ (*Europäische Kommission*, 2000A, S. 11) schreibt sie:

„Die . . . voraussichtlichen Anstiege bei den Abhängigkeitsraten, mit deren Hilfe die Auswirkungen demographischer Trends üblicherweise eingeschätzt werden, vermitteln . . . wahrscheinlich einen falschen Eindruck vom Ausmaß des Problems, das sich für die Sozialschutzsysteme ergibt, und von den geeignetsten

Begutachtung: Thomas Url • Wissenschaftliche Assistenz: Eva Latschka •  
E-Mail-Adressen:  
Alois.Guger@wifo.ac.at,  
Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at,  
Eva.Latschka@wifo.ac.at • Die  
WIFO-Studie entstand im Auftrag der  
Kammer für Arbeiter und Angestellte  
für Wien.

politischen Maßnahmen in diesem Zusammenhang. Bisher haben sich die meisten Mitgliedstaaten darauf konzentriert, dem Anstieg der Rentenverpflichtungen Einhalt zu gebieten und dafür zu sorgen, dass ausreichende Mittel für die entsprechenden Transfers zur Verfügung stehen. Das ist zwar wichtig, aber nicht minder wichtig ist die Berücksichtigung des Umstandes, dass ein großer Teil der Menschen im erwerbsfähigen Alter in der Praxis keiner Berufstätigkeit nachgeht und daher nicht an der Erwirtschaftung des Einkommens beteiligt ist, aus dem die Renten für die Ruheständler zu bestreiten sind. Anstatt dessen sind sie ebenso wie die Menschen im Alter von 65 Jahren und darüber von der Unterstützung derer abhängig, die im Erwerbsleben stehen. Bei jeder Einschätzung zu den voraussichtlichen Schwierigkeiten bei der künftigen Finanzierung von Sozialtransfers ist daher zwischen den potentiellen Erwerbstätigen – Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren – und den Personen, die tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgehen, zu unterscheiden.“

Auf europäischer Ebene erhält also der Arbeitsmarkt als Ansatzpunkt für Maßnahmen der Pensionsversicherung einen immer größeren Stellenwert. So stand der Europäische Rat von Lissabon (März 2000) unter dem Motto „Beschäftigungsentwicklung und soziale Sicherheit“. Dabei wurden Zielwerte für die Beschäftigungsquote festgelegt, um die finanzielle Nachhaltigkeit der Pensionssysteme zu verbessern. Bis zum Jahr 2010 soll die Beschäftigungsquote in den EU-Staaten um rund 10 Prozentpunkte erhöht werden; für die durchschnittliche EU-Beschäftigungsquote würde das einen Anstieg von gegenwärtig rund 61% auf 70% im Jahr 2010 bedeuten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Frauenbeschäftigungsquote zu legen (*Economic Policy Committee, 2000*).

Auch die Nachhaltigkeit des österreichischen Pensionsversicherungssystems steht in einem engen Zusammenhang mit der künftigen Arbeitsmarktentwicklung. Die vorliegende Arbeit analysiert die Rückwirkungen von Veränderungen der Erwerbsbeteiligung auf die Pensionsquote<sup>1)</sup>, und zwar ausgehend von drei Fragen:

- Welche Pensionsquoten ergäben sich bis 2030 bei unveränderter Erwerbsbeteiligung?
- Wie hoch wären die Pensionsquoten 2030 bei einem durchschnittlichen jährlichen Beschäftigungswachstum von 0,4%?
- Welche Pensionsquoten wären zu erwarten, wenn die Erwerbsquote auf ein Niveau stiege, wie es heute in Nordeuropa verzeichnet wird?

<sup>1)</sup> In Anlehnung an den Begriff der Altenquote wird hier der Begriff der Pensionsquote verwendet. In der öffentlichen Diskussion findet sich auch häufig der Begriff der „Pensionslastquote“ (Zahl der Pensionen je 1.000 Beschäftigungsverhältnisse).

## DEMOGRAPHISCHE PERSPEKTIVEN

Anfang der siebziger Jahre lag die Altenquote (Zahl der über 60-Jährigen je 1.000 Personen im Haupterwerbsalter von 15 bis 59 Jahren) bei 362. Seither schwankt sie um 320 und wird das Niveau der frühen siebziger Jahre in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts überschreiten. In der Hauptvariante der Bevölkerungsprojektion (*Statistik Austria, 2000*) wird sich die Altenquote in den kommenden 30 Jahren ungefähr verdoppeln: Heute kommen 330 über 60-Jährige auf 1.000 Erwerbspersonen, 2030 werden es nach den aktuellen demographischen Prognosen 654 sein. Setzt man die Altersgrenze bei 65 Jahren an, so steigt die Altenquote von heute 229 auf 529 im Jahr 2030 (Abbildung 1).

Die Bevölkerungsvorausschätzung zeigt also deutlich, dass sich die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung in den nächsten 50 Jahren substantiell verändern wird. Unabhängig von der Prognosevariante sinkt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. In der hier verwendeten Hauptvariante der Bevölkerungsprognose<sup>2)</sup> schrumpft die Zahl der Erwerbspersonen ab 2004 jährlich um knapp 0,4%<sup>3)</sup>. Unter Fortschreibung der Erwerbsquote aus dem Jahr 1999 würde sich eine markante Reduktion der Beschäftigtenzahlen ergeben. Die Veränderung der demographischen Zusammensetzung der österreichischen Bevölkerung eröffnet daher in naher Zukunft neue Perspektiven, aber auch Notwendigkeiten für den Arbeitsmarkt. Ein Teil des Anstiegs der Pensionsquote könnte durch Wirtschaftswachstum in Verbindung mit Beschäftigungswachstum kompensiert werden.

## ENTWICKLUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT

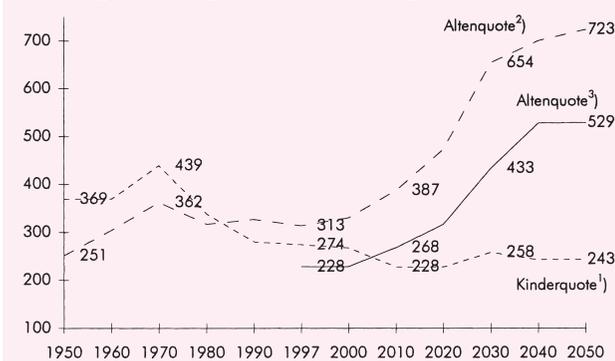
In der Vergangenheit veränderte sich die Struktur der – insgesamt nahezu konstanten – Erwerbsquote<sup>4)</sup> in Österreich sehr stark. Zwischen 1960 und 1999 sank die Männererwerbsquote (15 bis 64 Jahre) von 87,3% auf 76,3%, jene der Frauen (15 bis 60 Jahre) stieg hingegen im selben Zeitraum von 52,9% auf 62,2%. Heute liegt die Quote über dem europäischen Durchschnitt;

<sup>2)</sup> Der Wanderungssaldo für das Jahr 2000 beträgt +3.000 Personen; bis zum Jahr 2020 steigt er auf +20.000 jährlich und hält danach dieses Niveau. Die Gesamtfertilitätsrate von 1,32 Kindern pro Frau (1999) nimmt bis 2008 zu und wird danach mit 1,5 angenommen (*Statistik Austria, 2000*).

<sup>3)</sup> Auch in der „niedrigen Variante“ (Gesamtfertilitätsrate ab 2020 1,2, jährlicher Wanderungssaldo ab 2020 +5.000) sinkt sie ab 2004; in der „hohen Variante“ (Gesamtfertilitätsrate ab 2020 1,8, jährlicher Wanderungssaldo ab 2020 +35.000) erst ab 2006.

<sup>4)</sup> Die Erwerbsquote in der WIFO-Definition liegt unter der von der OECD publizierten Quote – diese bezieht auch geringfügig Beschäftigte ein.

Abbildung 1: Demographische Belastungsquoten



Q: Statistik Austria, WIFO. – <sup>1)</sup> Unter 15-Jährige je 1.000 15- bis 59-Jährige. – <sup>2)</sup> 60-Jährige und Ältere je 1.000 15- bis 59-Jährige. – <sup>3)</sup> 65-Jährige und Ältere je 1.000 15- bis 59-Jährige.

dieser Vorsprung ist zu einem Gutteil aus dem Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung zu erklären.

Längere Ausbildungszeiten haben einen späteren Berufseinstieg zur Folge, die Erwerbsquote der 15- bis 20-Jährigen sank von 59,9% (1960) auf 44,4% (1999). Noch deutlicher veränderte sich die Erwerbsbeteiligung der Älteren: Im Zeitraum von 1960 bis 1999 verringerte sich die Erwerbsquote der 55- bis unter 60-Jährigen um 19,4 Prozentpunkte auf 42,3% und in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen um 30,8 Prozentpunkte auf 10,5%. Aufgrund des unterschiedlichen Pensionsantrittsalters für vorzeitige Alterspensionen betrug 1999 die Erwerbsquote der 55- bis unter 60-jährigen Frauen 23,5%, die Quote der gleichaltrigen Männer lag bei 61,8%. Mit der schrittweisen Anhebung des Antrittsalters für die vorzeitige Alterspension für Frauen ab 2018 (auf 61,5 Jahre) sollte sich auch der Abstand zwischen den Frauen- und Männererwerbsquoten Älterer verringern.

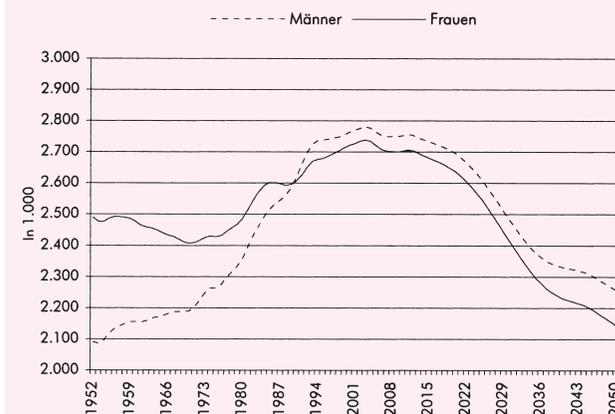
Sofern es nicht gelingt, die Erwerbsquoten zu steigern, wird schon im kommenden Jahrzehnt auf dem Arbeitsmarkt eine spürbare Verknappung eintreten, die sich im zweiten Jahrzehnt und noch deutlicher im dritten Jahrzehnt verschärfen wird. Die Zahl der Personen im Erwerbsalter sinkt deutlich von 2000 bis 2020 um 300.000 und in den folgenden 20 Jahren weiter um 660.000 (Abbildung 2).

## DIE ENTWICKLUNG DER EFFEKTIVEN PENSIONSQUOTE

In den nächsten 30 Jahren wird die Zahl der Personen im Haupterwerbsalter (15 bis unter 60 Jahre) um 16% zurückgehen und jene im Alter ab 60 Jahren um 66% zunehmen. Damit sind auch Veränderungen der Pensionsquote verbunden, die einerseits durch die demographische Verschiebung und andererseits durch Bewegungen im Erwerbsverhalten beeinflusst werden. Da nicht alle Personen im erwerbsfähigen Alter tatsächlich erwerbstätig sind und auch nicht alle über 60- bzw. 65-

Abbildung 2: Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

15 bis 64 Jahre



Q: Statistik Austria, WIFO.

Jährigen eine Alterspension beziehen bzw. es Mehrfachpensionsbezüge gibt, unterscheidet sich die Altenquote von der Pensionsquote (Abbildung 3).

Während die demographische Altenquote in den letzten zwei Jahrzehnten sank oder stagnierte, stieg die effektive Pensionsquote – die Zahl der Pensionen je 1.000 Beschäftigungsverhältnisse – kräftig: von 487 Anfang der siebziger Jahre auf 617 im Jahr 1999.

Die effektive Pensionsquote liegt also schon heute viel näher bei der demographischen Altenquote – definiert als der Anteil der über 60-Jährigen an der übrigen Bevölkerung – des Jahres 2030 als bei jener des Jahres 2000. Die Altenquote der über 65-Jährigen wird 2030 mit 433 unter dem Wert der Pensionsquote von heute liegen.

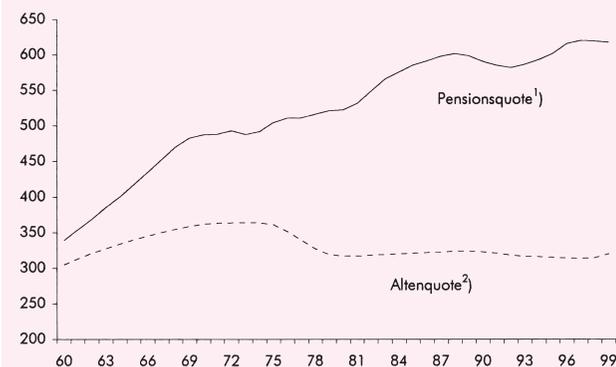
Der Abstand zwischen der Pensionsquote und der demographischen Altenquote betrug 1960 rund 11%, stieg bis 1970 auf 35% und erreichte zuletzt (1999) 93%. Diese Zunahme der Pensionen resultierte vor allem aus der Zunahme der Eigenpensionen von Frauen und dem kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit, der sich im Rückgang des Pensionszugangsalters niederschlug. Durch eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung könnte die effektive Pensionsquote wieder näher an die demographische Altenquote herangeführt werden.

## DAS KONZEPT DER PENSIONSQUOTE

*Die Pensionsquote hat für sich genommen als Beurteilungskriterium für die finanzielle Nachhaltigkeit des Pensionsversicherungssystems eine sehr eingeschränkte Aussagekraft.*

Die Pensionsquote dient in der öffentlichen Diskussion häufig als Beurteilungskriterium für die finanzielle Nach-

Abbildung 3: Pensions- und Altenquoten im Vergleich



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO. –  
<sup>1)</sup> Pensionen je 1.000 Beschäftigungsverhältnisse. – <sup>2)</sup> 60-Jährige und Ältere je 1.000 15- bis 59-Jährige.

haltigkeit des staatlichen Pensionsversicherungssystems. Ihre diesbezügliche Aussagekraft ist allerdings begrenzt.

- Die publizierten Pensionsquoten stellen nicht die Zahl der Erwerbstätigen jener der Pensionisten gegenüber, sondern die Zahl der Versicherungsverhältnisse auf beiden Seiten des Systems. Die Pensionsquote von 617 (1999) besagt demnach, dass auf 1.000 pensionsversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse 617 ausbezahlte Pensionen kommen. Zum Stichtag 1. Juli 2000 übten 1,5% der Beschäftigten (rund 45.000) zwei oder mehr Beschäftigungen<sup>5)</sup> aus. Häufig sind Arbeiterinnen (3,2% aller Arbeiterinnen) und Beamte (4,1%) mehrfach beschäftigt (Haydn, 2000). Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse übersteigt somit die Zahl der Beschäftigten. Weiters waren knapp 55.000 Erwerbstätige zum genannten Stichtag zugleich Pensionsbezieher. Überdies war die Zahl der Pensionen um 13,6% (oder 260.500) höher als die Zahl der Pensionsbezieher. Aufgrund der abgeleiteten Pensionen (Witwenpensionen) erhalten 20,6% der Pensionsbezieherinnen und 4,2% der Pensionsbezieher mehrere Pensionen. Wegen dieser drei Sachverhalte (Personen mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen, Erwerbstätige mit Pensionsbezug und Mehrfachpensionen) gibt die Pensionsquote die „Belastung“ der Erwerbstätigen durch die Pensionisten nur annäherungsweise wieder. Eine bereinigte, personenbezogene Gegenüberstellung der Erwerbstätigen und Pensionisten würde in einer deutlich geringeren Pensionsquote resultieren.
- In die Quote sind alle Pensionsarten – Eigenpensionen, Witwen- bzw. Witwer- und Waisenpensionen – eingerechnet. Ohne die Waisenpensionen sinkt die Quote des Jahres 1999 von 617 auf 601. Die Zahl

<sup>5)</sup> Die Zahl der Erwerbsverhältnisse bezieht sich hier nur auf den Bereich der Unselbständigen, der Anteil der Selbständigen und Unselbständigen mit mehreren Beschäftigungen ist mit 4,3% höher. 2000 waren 21% der Bauern und 16% der Gewerbetreibenden zugleich unselbständig beschäftigt.

der Eigenpensionen je 1.000 Beschäftigungsverhältnisse beträgt nur 416.

- Die Einbeziehung aller Pensionen verzerrt die Aussagekraft hinsichtlich der finanziellen Nachhaltigkeit des Pensionssystems. Die durchschnittliche Waisenpension ist viel niedriger als die Witwen- und Witwerpension, und diese liegt wiederum deutlich unter der durchschnittlichen Eigenpension. Eine hohe Pensionsquote aufgrund einer großen Zahl von Waisenpensionen bedeutet geringere Pensionsausgaben als eine niedrige Pensionsquote mit hohen Eigenpensionsbezügen. Auch eine über die Zeit konstante Pensionsquote könnte mit einer steigenden finanziellen Pensionsbelastung einhergehen, da in der Regel neu zuerkannte Pensionen höher sind als jene, die wegfallen.

Insgesamt besteht also die Gefahr, mit der Pensionsquote mehr ausdrücken zu wollen, als sie zu leisten imstande ist<sup>6)</sup>. Unstrittig ist jedoch, dass der Pensionsquote materielle<sup>7)</sup>, aber auch psychologische Bedeutung zukommt. So sehen etwa Marin – Prinz (1999) die Pensionsquote als Indikator für die künftige finanzielle Nachhaltigkeit des österreichischen Pensionssystems.

Vor diesem Hintergrund steht die Pensionsquote im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit. Mit Hilfe dieser Maßzahl lässt sich sehr gut zeigen, dass Arbeitsmarktintegration und Pensionsbezug zwei Seiten derselben Münze sind. Es wird allerdings nicht der Anspruch erhoben, Aussagen zur finanziellen Nachhaltigkeit des österreichischen Pensionssystems an der Pensionsquote festzumachen.

## SZENARIEN DER ENTWICKLUNG DER PENSIONSQUOTE

*Neben der Konzeption des Pensionsrechtes bestimmt vor allem die Beschäftigungsentwicklung die Nachhaltigkeit des Pensionssystems.*

Pensionsreformen sind üblicherweise parametrische Reformen, greifen also direkt ins geltende Pensionsrecht ein. Eine parametrische Reform auf der Leistungsseite hat in der Regel Rückwirkungen auf die Pensionshöhe oder auf die Dauer des Pensionsbezugs und damit auf die Pensionsquote. So verlängert eine Anhebung des Pensionsantrittsalters die Erwerbsphase. Wenn damit tatsächlich ein längeres Verbleiben in einem Beschäftigungsverhältnis verbunden ist, dann verändern sich so-

<sup>6)</sup> Dieselbe Gefahr liegt auch in der Interpretation der Erwerbsquote: Ein Anstieg der Erwerbsquote bedeutet nicht notwendigerweise, dass das Arbeitsvolumen innerhalb der Volkswirtschaft gewachsen ist – das vorhandene Volumen könnte auch auf mehr Köpfe aufgeteilt worden sein (Teilzeitausweitung).

<sup>7)</sup> Vgl. *Economic Policy Committee* (2000), *Europäische Kommission* (2000A, 2000B).

wohl der Zähler als auch der Nenner der Pensionsquote, ihr Anstieg verlangsamt sich. Eine Vergrößerung der sozialrechtlich abgesicherten Beschäftigung übt ebenfalls eine entlastende Wirkung auf die Pensionsquote aus. Letzteres steht im Mittelpunkt der nachfolgenden Simulationen. Es wird der Frage nachgegangen, welche Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2030 den Auswirkungen des demographischen Alterungsprozesses entgegenwirken könnten, um den Anstieg der Pensionsquote möglichst gering zu halten.

## ANNAHMEN ÜBER DIE KÜNFTIGE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG

Die vorliegende Schätzung der künftigen Pensionsquoten soll weniger die wahrscheinlichste Entwicklung vorzeichnen, sondern vielmehr die Arbeitsmarktpotentiale zur Dämpfung der Pensionsquote ausloten. Ausgangspunkt bilden Bestand und Struktur der unselbständigen und selbständigen pensionsversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sowie der zu den jeweiligen Versicherungsanstalten gehörenden Pensionen des Jahres 1999. Da die vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger publizierten Pensionsquoten den Bereich der Beamten und ihrer Ruhegenüsse nicht erfassen, bleibt er hier ebenfalls unberücksichtigt.

Die Simulation erfolgt in drei Szenarien:

- Das „Status-quo-Szenario“ geht von einer Konstanz der Erwerbsquoten bis zum Jahr 2030 aus.
- Eine wahrscheinlichere Entwicklung bildet das „Hauptszenario“ ab, mit einem kontinuierlichen Beschäftigungswachstum von 0,4% pro Jahr.
- Darüber hinaus werden im „Nordland-Szenario“ jene Pensionsquoten geschätzt, die sich bei einer schrittweisen Heranführung der Erwerbsquote an das heutige Niveau von Dänemark bzw. Norwegen ergeben würden.

Bis zum Jahr 2015 wird eine Abnahme der Arbeitslosenzahl um 3% jährlich (für 1999 sind das 6.600 Arbeitslose<sup>8)</sup>) und von 2015 bis 2030 um 6% jährlich unterstellt. Aufgrund dieser Annahmen verringert sich die Arbeitslosenquote bis 2015 auf 3,5% und weiter bis 2030 auf 1,3%. Angesichts des Rückgangs der Bevölkerung im Erwerbsalter ist dieser Abbau der Arbeitslosigkeit durchaus plausibel.

## ANNAHMEN DER MODELLSCHÄTZUNG DER PENSIONSQUOTENENTWICKLUNG

Die Pensionsquoten werden in diesen drei Szenarien jeweils in zwei Varianten geschätzt, welche unterschiedliche Entwicklungen in der Pensionsdichte abbilden:

<sup>8)</sup> Von 1999 auf 2000 sank die Arbeitslosigkeit sogar viel stärker, als hier angenommen wurde.

- *Variante A:* Der Anteil der Eigenpensionen an der nichterwerbstätigen Bevölkerung in jeder Altersgruppe wird auf dem Wert des Basisjahres 1999 konstant gehalten. Eine Erhöhung der Erwerbsquote hat also keine Zunahme der Eigenpensionen zur Folge, sondern nur längere Versicherungszeiten für den Einzelnen; sie schlägt sich in der Pensionshöhe nieder, aber nicht in der Zahl der Pensionen.

Die Zahl der Hinterbliebenenpensionen ergibt sich aus dem Anteil an der gesamten Bevölkerung der jeweiligen Alterskohorte, der ebenfalls auf dem Niveau von 1999 konstant gehalten wird. Die mit der Pensionsreform 2000 eingeführte Spreizung<sup>9)</sup> der Witwen- und Witwerpension bleibt hier unberücksichtigt.

- *Variante B:* Mit der Zunahme der Erwerbsbeteiligung steigt die Zahl eigenständiger Pensionen und damit ihr Anteil an allen Pensionen. Unter der Annahme, dass einerseits immer mehr Personen aufgrund ihrer geschlossenen Versicherungsverläufe die Anspruchsvoraussetzungen für eine eigene Alterspension erfüllen, aber andererseits die Veränderung der Familienstrukturen sowie die Spreizung der Witwen- bzw. Witwerpension die Zahl der abgeleiteten Pensionsansprüche drückt, steigt die Pensionsquote in Variante B stärker als in Variante A.

1999 bezogen 95% der nichterwerbstätigen Männer und 70% der nichterwerbstätigen Frauen im Alter von 65 bis 69 Jahren (ohne Beamte) eine eigenständige Pension; in älteren Kohorten ist dieser Anteil geringer. Im Simulationszeitraum wird die Relation der Eigenpensionen zur Nichterwerbsbevölkerung ab dem 65. Lebensjahr schrittweise für alle Kohorten auf 95% (Männer) bzw. 70% (Frauen) angehoben (technische Annahmen). Gelingt allerdings der geforderte Ausbau der Pensionssicherung für Frauen, so ist bis 2030 mit einem entsprechend höheren Anteil an eigenständigen Alterspensionen zu rechnen.

Der Anteil der Witwen- und Witwerpensionen sinkt zwischen 1999 und 2015 um 10% und zwischen 2015 und 2030 abermals um 10%. Der Rückgang ergibt sich aus den Veränderungen der Familienstruktur (Trend zu Ein-Eltern-Familien und zu Single-Haushalten, Zunahme der Zahl der Scheidungen) und wird durch die Auswirkungen der Pensionsreform 2000 (Spreizung 0% bis 60%) verstärkt. Die Waisenpensionen entwickeln sich wie in Variante A.

## „STATUS-QUO-SZENARIO“: KONSTANTE ERWERBSBETEILIGUNG

Die Erwerbsquote betrug 1999 in Österreich 67,8% (Männer 77,5%, Frauen 57,9%). Dieser Wert wird im Status-quo-Szenario bis 2030 fortgeschrieben. Auf-

<sup>9)</sup> Stärkere Berücksichtigung des Eigeneinkommens.

Übersicht 1: Entwicklung der Pensionsquoten im „Status-quo-Szenario“ (konstante Erwerbsquote bis 2030)

|   | 1999   |        |            | 2015   |        |            | 2030   |        |            |
|---|--------|--------|------------|--------|--------|------------|--------|--------|------------|
|   | Männer | Frauen | Ins-gesamt | Männer | Frauen | Ins-gesamt | Männer | Frauen | Ins-gesamt |
| Erwerbsquote (15 bis 64 Jahre)                | 77,5   | 57,9   | 67,8       | 77,5   | 57,9   | 67,8       | 77,5   | 57,9   | 67,8       |
| Pensionen je 1.000 Beschäftigungsverhältnisse |        |        |            |        |        |            |        |        |            |
| Variante A                                    | 617    |        |            | 738    |        |            | 878    |        |            |
| Eigenständige Pensionen                       | 447    |        |            | 541    |        |            | 619    |        |            |
| Abgeleitete Pensionen                         | 170    |        |            | 197    |        |            | 259    |        |            |
| Variante B                                    | 617    |        |            | 760    |        |            | 889    |        |            |
| Eigenständige Pensionen                       | 447    |        |            | 581    |        |            | 654    |        |            |
| Abgeleitete Pensionen                         | 170    |        |            | 179    |        |            | 235    |        |            |

Q: WIFO. Die Erwerbsquote wird für die Jahre 2015 und 2030 konstant auf dem Niveau 1999 gehalten. Variante A: konstante Pensionsstruktur 1999, Variante B: Zunahme des Anteils der Eigenpensionen, Rückgang des Anteils der Witwenpensionen.

grund der rückläufigen Tendenz der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren bedeutet eine konstante Erwerbsquote in den nächsten 30 Jahren eine starke Verringerung der Erwerbstätigenzahl. Die Zahl der pensionsversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse (ohne Beamte) sinkt annahmegemäß zwischen 1999 bis 2030 um rund 180.000.

*Wenn die Erwerbsquote unverändert bleibt, steigt die Pensionsquote aufgrund der demographischen Entwicklung bis zum Jahr 2030 um mehr als ein Drittel.*

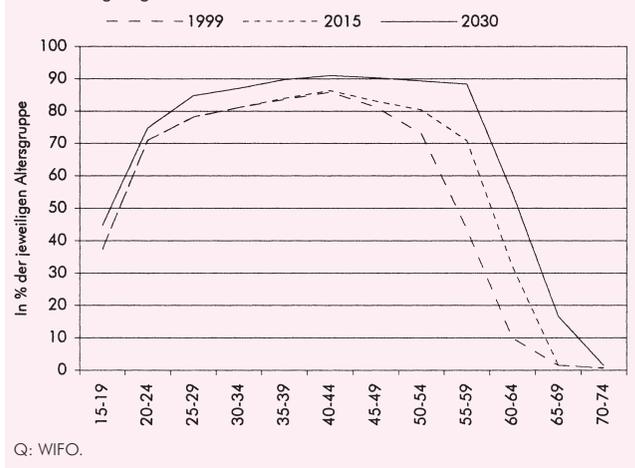
Unter diesen Annahmen erhöht sich die Pensionsquote in Variante A bis 2015 auf 738 und bis 2030 auf 878. Die höhere Pensionszugangsdynamik lässt die Pensionsquote in Variante B stärker steigen: bis 2015 auf 760 und bis 2030 auf 889 (Übersicht 1).

Das Status-quo-Szenario muss aus folgenden Gründen als „Worst-Case-Szenario“ bezeichnet werden: Das gültige Pensionsrecht, das 2000 wirksam wurde, bedeutet eine Anhebung des Antrittsalters für die vorzeitige Alterspension (auf 56,5 Jahre für Frauen und 61,5 Jahre für Männer). Weiters ist die Angleichung des Antrittsalters für die Regelpension der Frauen an jenes der Männer vorgesehen. In der Folge ist eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung zu erwarten, die der Annahme konstanter Erwerbsquoten widerspricht. Darüber hinaus ist auch künftig mit einer steigenden Arbeitskräftenachfrage der Wirtschaft zu rechnen.

„HAUPTSZENARIO“: ZUNAHME VON BESCHÄFTIGUNG UND ERWERBSQUOTE

Auf der Grundlage der aktuellen Erwerbssituation wird im Hauptszenario ein kontinuierlicher Anstieg der Arbeitskräftenachfrage modelliert, der mit 0,4% pro Jahr etwas unter dem Beschäftigungswachstum der Jahre 1970 bis 2000 von 0,5% p. a. liegt. Gleichzeitig wird

Abbildung 4: Erwerbsquoten bei kontinuierlichem Beschäftigungswachstum bis 2030



von einem Rückgang der Arbeitslosenquote (gemäß nationaler Definition) von 6,7% 1999 auf 1,3% im Jahr 2030 ausgegangen.

*Bei kontinuierlichem Beschäftigungswachstum bis 2030 erhöht sich die Pensionsquote von gegenwärtig 617 auf 766 im Jahr 2030. Die Zunahme der Arbeitskräftenachfrage dämpft den Anstieg der Pensionsquote deutlich.*

Die kontinuierliche Beschäftigungsausweitung ist von einem Anstieg der Erwerbsquote bis 2015 auf 71,3% und bis 2030 auf 82,1% begleitet. In welchem Ausmaß er die Entwicklung der Pensionsquote dämpft, hängt davon ab, welche Altersgruppen von der zusätzlichen Arbeitskräftenachfrage profitieren. Steigt die Erwerbsquote der Jüngeren, so verringert sich die Pensionsquote weniger stark als durch einen längeren Verbleib älterer Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt.

Bis zum Jahr 2015 erhöht sich in diesem Szenario annahmegemäß nur die Erwerbsquote der über 39-Jährigen, erst danach profitieren bis 2030 auch die jüngeren Erwerbstätigen, vor allem Frauen von der Zunahme der Arbeitskräftenachfrage (Abbildung 4). Insgesamt erhöht diese Variante die Erwerbsbeteiligung der über 50-Jährigen sehr stark (50- bis 64-Jährige 1999 45,1%, 2015 63,9%, 2030 75,5%).

Unter der Annahme, dass eine Zunahme der Erwerbsquote den Anteil der Eigenpensionen nicht verändert (Variante A), steigt in diesem Szenario die Pensionsquote von 617 1999 bis zum Jahr 2015 auf 650 und bis 2030 auf 697. Variante B berücksichtigt die Begründung zusätzlicher Eigenpensionen mit der Zunahme der Erwerbstätigkeit; die Pensionsquote erhöht sich hier entsprechend stärker auf 656 im Jahr 2015 und 766 im Jahr 2030 (Übersicht 2).

### Übersicht 2: Entwicklung der Pensionsquoten im „Haupt-szenario“ (kontinuierliches Beschäftigungswachstum bis 2030)

|   | 1999  | 2015      | 2030      |
|---|---|-----------|-----------|
| Erwerbspersonen (15 bis 64 Jahre)                       | 3,704.812                                     | 3,895.254 | 4,022.687 |
| Arbeitslose   | 221.529                                       | 136.075   | 53.798    |
| Beschäftigte ohne öffentlichen Dienst (15 bis 64 Jahre) | 3,121.467                                     | 3,415.026 | 3,639.902 |
| Erwerbsquote (15 bis 64 Jahre)                          | in % 67,7                                     | 71,3      | 82,1      |
| Beschäftigungsquote (15 bis 64 Jahre)                   | in % 63,7                                     | 68,8      | 81,0      |
| Arbeitslosenquote                                       | in % 6,3                                      | 3,5       | 1,3       |
| Eigenpensionen (Variante A)                             | 1,396.069                                     | 1,563.147 | 1,775.887 |
| Eigenpensionen (Variante B)                             | 1,396.069                                     | 1,676.776 | 2,097.269 |
| Witwenpensionen (Variante A)                            | 480.005                                       | 571.211   | 713.226   |
| Witwenpensionen (Variante B)                            | 480.005                                       | 514.090   | 641.904   |
| Waisenpensionen   | 50.324  | 49.919    | 48.420    |
|   | Pensionen je 1.000 Beschäftigungsverhältnisse |           |           |
| Pensionsquote in Variante A                             | 617   | 650       | 697       |
| Pensionsquote in Variante B                             | 617   | 656       | 766       |

Q: WIFO.

Im Hauptszenario wird eine Steigerung der Arbeitskräftenachfrage um 0,4% p. a. angenommen. Bei einem stärkeren Beschäftigungszuwachs wären die Pensionsquoten entsprechend niedriger.

### ENTWICKLUNG DER PENSIONSQUOTEN IM „NORDLAND-SZENARIO“

*Eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung auf das hohe dänische oder norwegische Niveau bringt mittelfristig eine stärkere Reduktion der Pensionsquote als ein kontinuierliches Beschäftigungswachstum. Langfristig ermöglicht die stetige Steigerung der Arbeitskräftenachfrage eine Dämpfung des Anstiegs der Pensionsquote.*

Die österreichische Erwerbsquote lag 1999 mit 71,6% knapp über dem EU-Durchschnitt von 69,0%. Am höchsten ist die Erwerbsbeteiligung innerhalb Europas in Island (1999 85,9%), der Schweiz (82,2%), Norwegen und Dänemark (jeweils 80,6%; Übersicht 3). Das Regel-pensionsalter in Island und der Schweiz unterscheidet sich deutlich vom österreichischen, sodass ein direkter Vergleich der Erwerbsquoten – insbesondere der älteren Kohorten – zwischen Österreich und diesen Ländern nicht sinnvoll erscheint. Im „Nordland-Szenario“ wird daher die österreichische Erwerbsquote bis zum Jahr 2015 an das dänische Niveau des Jahres 1998 linear herangeführt<sup>10)</sup>. In Dänemark war die Erwerbsquote 1998 um 8 Prozentpunkte höher als in Österreich. Die Erwerbsbeteiligung der 15- bis 24-Jährigen und auch der über 50-Jährigen ist in Dänemark deutlich größer. Erreicht die Erwerbsquote in Österreich bis 2015 das

<sup>10)</sup> In die Berechnungen ging die dänische Erwerbsquote aus dem Jahr 1998 ein, die unter jener von 1999 lag. Im Jahr 1999 waren die Erwerbsquoten in Dänemark und Norwegen gleich hoch.

### Übersicht 3: Internationale Erwerbsquoten nach Altersgruppen 1999

|             | 15 bis 64 Jahre                                  | 15 bis 24 Jahre | 25 bis 54 Jahre | 55 bis 64 Jahre |
|-------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
|             | Erwerbspersonen in % der jeweiligen Altersgruppe |                 |                 |                 |
| Dänemark    | 80,6   | 73,3            | 88,2            | 56,6            |
| Männer      | 85,0   | 76,7            | 92,7            | 61,9            |
| Frauen      | 76,1   | 70,1            | 83,5            | 50,6            |
| Deutschland | 71,2   | 51,2            | 84,9            | 44,7            |
| Männer      | 79,7   | 55,7            | 93,9            | 55,1            |
| Frauen      | 62,3   | 46,3            | 75,7            | 34,3            |
| Island      | 85,9   | 68,1            | 92,1            | 87,1            |
| Männer      | 89,4   | 66,2            | 97,1            | 94,1            |
| Frauen      | 82,3   | 70,1            | 87,0            | 80,3            |
| Norwegen    | 80,6   | 63,9            | 87,6            | 68,0            |
| Männer      | 85,0   | 66,7            | 91,8            | 74,5            |
| Frauen      | 76,1   | 61,0            | 83,2            | 61,5            |
| Schweiz     | 82,2   | 68,6            | 87,5            | 73,6            |
| Männer      | 89,6   | 67,9            | 97,2            | 80,9            |
| Frauen      | 74,5   | 69,3            | 77,6            | 64,0            |
| Österreich  | 71,6   | 58,4            | 85,1            | 30,7            |
| Männer      | 80,5   | 62,6            | 93,8            | 43,9            |
| Frauen      | 62,7   | 54,2            | 76,3            | 18,3            |
| EU          | 69,0   | 47,8            | 82,2            | 41,4            |
| Männer      | 78,4   | 51,8            | 92,6            | 52,7            |
| Frauen      | 59,5   | 43,6            | 71,7            | 30,5            |

Q: OECD, Employment Outlook, Juni 2000.

dänische Niveau ohne Veränderung der Pensionsstruktur (Variante A), so liegt die Pensionsquote mit 580 um 37 unter jener Quote von 1999. Auch in Variante B ist sie mit 595 niedriger als heute.

Ein Anstieg der Erwerbsbeteiligung auf das noch höhere norwegische Niveau von 1998 (80,8%) bis 2030 würde eine weitere Verringerung der Pensionsquote bedeuten. Die Erwerbsquote von Norwegen unterscheidet sich in ihrer Struktur erheblich von der dänischen: In der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen ist die Erwerbsbeteiligung knapp höher als in Österreich und damit deutlich niedriger als in Dänemark. Andererseits sind in Norwegen noch 11,9% der über 65-Jährigen in den Arbeitsmarkt integriert, in Dänemark nur 3,0%. Für die Simulation ist das österreichische Regelpensionsalter ausschlaggebend<sup>11)</sup>, die Erwerbstätigkeit der über 65-Jährigen wurde deshalb nicht dem norwegischen Niveau angeglichen. Die Pensionsquote für 2030 beträgt unter diesen Arbeitsmarktannahmen 736 bei unveränderter Pensionsstruktur und 759 in der Variante einer Zunahme des Anteils der Eigenpensionen (Übersicht 4).

### GEGENÜBERSTELLUNG DER SIMULATIONS-ERGEBNISSE

*Eine wesentliche Steigerung der Erwerbsbeteiligung bremst das Wachstum der Pensionsquote in der Simulation deutlich.*

Ein Vergleich der drei Arbeitsmarktszenarien zeigt, dass ein jährliches Beschäftigungswachstum von 0,4% bis

<sup>11)</sup> Die Angleichung des Regelpensionsalters zwischen Männern und Frauen ist nach heutiger Rechtslage im Jahr 2033 abgeschlossen, so dass die Simulation auf keine rechtlichen Einschränkungen mehr trifft.

Übersicht 4: Pensionsquoten im „Nordland-Szenario“:  
Auswirkung eines Erreichens internationaler Erwerbsquoten  
auf die österreichische Pensionsquote

|   | 1999   |        |                | 2015   |        |                | 2030   |        |                |
|---|--------|--------|----------------|--------|--------|----------------|--------|--------|----------------|
|   | Männer | Frauen | Ins-<br>gesamt | Männer | Frauen | Ins-<br>gesamt | Männer | Frauen | Ins-<br>gesamt |
| Erwerbsquote insgesamt                        | 77,5   | 57,8   | 67,7           | 83,5   | 75,0   | 79,3           | 85,5   | 75,9   | 80,8           |
| 15 bis 19 Jahre                               | 43,4   | 30,4   | 37,2           | 62,9   | 66,3   | 64,1           | 48,6   | 49,0   | 48,5           |
| 20 bis 24 Jahre                               | 72,7   | 68,5   | 70,9           | 80,1   | 75,9   | 78,0           | 79,9   | 70,0   | 74,8           |
| 25 bis 29 Jahre                               | 83,0   | 72,2   | 78,1           | 90,1   | 80,5   | 85,3           | 91,2   | 80,8   | 86,6           |
| 30 bis 34 Jahre                               | 90,1   | 71,1   | 81,0           | 92,2   | 82,7   | 87,5           | 92,3   | 82,0   | 87,9           |
| 35 bis 39 Jahre                               | 94,5   | 72,0   | 83,5           | 93,1   | 84,0   | 88,6           | 93,1   | 83,9   | 89,1           |
| 40 bis 44 Jahre                               | 96,3   | 74,9   | 85,8           | 93,3   | 86,7   | 90,0           | 93,9   | 84,6   | 89,3           |
| 45 bis 49 Jahre                               | 92,5   | 70,3   | 81,3           | 92,5   | 79,2   | 85,9           | 92,4   | 83,1   | 87,8           |
| 50 bis 54 Jahre                               | 84,8   | 61,6   | 73,0           | 90,3   | 79,0   | 84,7           | 91,1   | 82,5   | 86,8           |
| 55 bis 59 Jahre                               | 64,1   | 24,5   | 43,6           | 79,4   | 64,0   | 71,7           | 86,8   | 70,9   | 79,0           |
| 60 bis 64 Jahre                               | 16,3   | 5,1    | 9,9            | 41,0   | 21,9   | 31,0           | 62,5   | 48,3   | 56,1           |
| Über 65 Jahren <sup>1)</sup>                  | 2,1    | 1,2    | 1,5            | 6,0    | 1,6    | 3,0            | 14,7   | 8,6    | 11,9           |
| Pensionen je 1.000 Beschäftigungsverhältnisse |        |        |                |        |        |                |        |        |                |
| Pensionsquote in Variante A                   | 617    |        |                | 580    |        |                | 758    |        |                |
| Pensionsquote in Variante B                   | 617    |        |                | 595    |        |                | 782    |        |                |

Q: OECD, WIFO. 1999: tatsächliche Erwerbsquote Österreich; 2015: Erwerbsquote von Dänemark 1998; 2030: Erwerbsquote von Norwegen 1998. – <sup>1)</sup> Für die Berechnung wurde die Erwerbsquote der über 65-Jährigen für 2015 und 2030 mit 3% angenommen.

zum Jahr 2030 die niedrigste Pensionsquote zur Folge hätte. Dieses Beschäftigungswachstum resultiert in einer Erwerbsquote von 82,1% im Jahr 2030. Die Erwerbsbeteiligung wäre damit ebenso hoch wie bereits heute in der Schweiz und deutlich höher als in Norwegen (jeweils 1999). Bei einem kontinuierlichen Wachstum der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer entwickelt sich die Pensionsquote günstiger als bei einer Angleichung der österreichischen Erwerbsquote an jene von Dänemark oder Norwegen, weil eine Dämpfung eher durch eine Steigerung der Arbeitsmarktpartizipation der Älteren als durch einen früheren Arbeitsmarkteintritt der Jüngeren herbeigeführt wird: Eine Verkürzung der Ausbildungszeiten verringert den Druck auf die Pensionsquote kaum.

Rürup – Schroeter (1997) prognostizieren eine Erhöhung der Pensionsquote bis 2030 auf 980, um knapp 100 über der Schätzung im vorliegenden Status-quo-Szenario. Die Divergenz resultiert aus der unterschiedlichen Bevölkerungsprognose, aber vor allem durch die Arbeitsmarktprognose: Das Modell von Rürup – Schroeter basiert auf einer Abnahme der Beschäftigtenzahl um 6,3% gegenüber 1995 und einer – im Vergleich mit den vorliegenden Simulationen – hohen Arbeitslosenquote von 4,4% im Jahr 2030. Die Beschäftigungsdynamik dürften Rürup – Schroeter erheblich unterschätzen – ihre Prognose bis 2000 liegt bereits deutlich unter den realisierten Werten.

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Europäische Kommission verweist in jüngster Vergangenheit verstärkt auf die Bedeutung einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung in Europa, um trotz des demographischen Alterungsprozesses den Anstieg der Altersabhängigkeitsraten zu dämpfen.

Veränderungen der demographischen Rahmenbedingungen sowie auf dem Arbeitsmarkt haben auch in Österreich direkte Rückwirkungen auf die gesetzliche Pensionsversicherung. Der Arbeitsmarkt ist somit ein zentraler Ansatzpunkt, um den absehbaren Struktureffekten im Pensionsversicherungssystem zu begegnen, denn in den kommenden Jahrzehnten ist mit einer Arbeitskräfteverknappung zu rechnen. Vieles deutet also darauf hin, dass die Arbeitsmarktentwicklung die Pensionsquote dämpfen kann. Für die Arbeitsmarktpolitik ergeben sich Chancen innerhalb folgender drei Entwicklungen:

- Der Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen (15- bis 64-Jährige) erhöht die Arbeitsmarkchancen von Frauen und älteren Arbeitskräften.
- In den nächsten 3 Jahrzehnten ist mit weiterhin steigender Arbeitskräftenachfrage zu rechnen.
- Gemäß der gegenwärtigen Rechtslage ist die Angleichung des Eintrittsalters zur vorzeitigen Alterspension bis 2027 und jene des Regelpensionsalters (65 Jahre für Männer und Frauen) bis 2033 abgeschlossen.

Diese Entwicklungen können für eine stärkere Arbeitsmarktintegration von Frauen und vor allem auch von älteren Arbeitskräften genutzt werden, wenn verstärkende Begleitmaßnahmen gesetzt werden (Vereinbarkeit von Beruf und Familie, betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen für ältere Arbeitskräfte usw.).

Die Steigerung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte sowie der Frauenerwerbsquote kommt auf mehreren Ebenen des Systems sozialer Transfers zum Tragen: Sie hat positiven Einfluss auf die Erwerbssituation, die Pensionsversicherungseinnahmen und die Pensionseinkommen. Sie entlastet die Aufwendungen im Bereich der passiven Arbeitsmarktpolitik und dämpft die Pensionsquote.

Diese Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarkt und Pensionsquote wurden hier in drei Szenarien dargestellt. Bei einer Fortschreibung des Status quo der Erwerbsbeteiligung, also einer äußerst unwahrscheinlichen Konstanz der Erwerbsquote auf dem Niveau von 1999, würde die Pensionsquote auf 878 bis 889 Pensionen je 1.000 pensionsversicherte Beschäftigungsverhältnisse steigen (je nach Modellannahmen über die Pensionsstruktur). Würde in den kommenden Dezennien annähernd das Arbeitskräftewachstum der vergangenen drei Jahrzehnte erreicht (Hauptszenario), so würde sich die Pensionsquote nur mäßig auf 697 bis 766 erhöhen. Steigt die Erwerbsquote in Österreich hingegen bis 2030 auf das heutige Niveau in Norwegen, so erreicht die Pensionsquote nur 758 bis 782.

Die Pensionsreformdiskussion befasst sich vorwiegend mit parametrischen Veränderungen im Pensionssystem. Die langfristige finanzielle Stabilität der Altersvorsorge wird jedoch nicht nur durch das Pensionsrecht bestimmt, sondern auch vom ökonomischen Umfeld, insbeson-

dere dem Arbeitsmarkt. Je höher das Beschäftigungsniveau, umso größer ist die Zahl der Beitragszahler und umso niedriger die Pensionsquote. Das Niveau der Erwerbsbeteiligung ist somit ein entscheidender Faktor für die Nachhaltigkeit des Pensionssystems – eine Wechselbeziehung, die auch auf europäischer Ebene verstärkt in den Mittelpunkt der Beschäftigungspolitik gerückt ist.

## LITERATURHINWEISE

Economic Policy Committee, Progress Report to the Ecofin Council on the Impact of Ageing Populations on Public Pension Systems, EPC/ECFIN/581, Brüssel, 2000.

Europäische Kommission (2000A), Bericht über die soziale Sicherheit in Europa 1999, Brüssel, 2000.

Europäische Kommission (2000B), Die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: zukunftsichere Renten, Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss, Brüssel, 2000.

Europäischer Rat, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Lissabon, 2000.

European Commission, Towards a Society for All Ages, European Symposium, Wien, 1998.

Haydn, R., „Personenbezogene Statistiken 2000“, Soziale Sicherheit, 2000, (12), S. 988-996.

Marin, B., Prinz, C., Pensionsreformen. Nachhaltiger Sozialumbau am Beispiel Österreichs, Wien, 1999.

Rürup, B., Schroeter, I., Perspektiven der Pensionsversicherung in Österreich, Darmstadt, 1997.

Statistik Austria, „Bevölkerungsprognose. Quelle: ISIS-Datenbank, Bevölkerungsprojektion des Jahres 2000“, Statistische Nachrichten, 2000, (12).

### *Labour Force Participation and Old-Age Pensions – Summary*

In recent years, the European Commission has increasingly pointed out the importance of raising the labour force participation rate in Europe as a measure to decelerate the growth in the ratio of old-age pensioners to gainfully employed.

Any change in the demographic framework or in the labour market will have a direct impact on the statutory old-age pension insurance system, a fact that also applies to Austria. The success of labour market policies in cutting the ratio of pensioners to workers will depend on three trends:

- decline in the number of gainfully employed from 2004;
- growing demand for labour over the next three decades;
- a rise of the standard retirement age under current laws (the retirement age will be the same for men and women as of 2033).

Such trends may be used to improve women's and in particular older persons' integration in the labour market, provided that suitable accompanying measures are taken (reconciliation of job and family, in-house retraining of older employees, etc.).

This interaction between the labour market and the pensioners-to-workers ratio is shown in three different scenarios. If the status quo of labour force participation, i.e., employment levels of 1999, continues for the next 30 years, the ratio will rise to 878 to 889 old-age pensioners per 1,000 gainfully employed contributors to old-age pension insurance. If the employment growth of the past three decades can be more or less emulated for the next decades („main scenario“), the ratio will show a moderate rise to 697 to 766. If Austria achieves current Norwegian employment rates by 2030, the ratio of old-age pensioners to gainfully employed will be contained at 758 to 782.

The discussion on reforming the old-age pension system focuses on changing the system parameters. Long-term financial stability of the system will depend not only on pension laws, but also on the economic environment and particularly the labour market. The higher the employment level, the higher will be the number of contributors and the lower the ratio of pensioners to workers. The activity rate therefore is a key factor for the sustainability of the old-age pension system. Interaction between them thus has come into stronger focus for employment policy also at a European level.

## MONOGRAPHIEN

- 2000 • 60 Seiten •  
ATS 620,- bzw.  
EUR 45,06
- 2000 • Further  
information:  
<http://bm-licensing.wsr.ac.at/reports.html>
- 2000 • 90 Seiten •  
ATS 450,- bzw.  
EUR 32,70
- 2000 • 90 Seiten •  
ATS 500,- bzw.  
EUR 36,34
- 2000 • 140 Seiten •  
ATS 800,- bzw.  
EUR 58,14
- 2000 • 120 Seiten •  
ATS 360,- bzw.  
EUR 26,16
- 2000 • 60 Seiten •  
ATS 600,- bzw.  
EUR 43,60
- 2000 • 50 Seiten •  
ATS 390,- bzw.  
EUR 28,34
- 2000 • 50 Seiten •  
ATS 400,- bzw.  
EUR 29,07
- 2000 • ATS 10,320.23  
or EUR 750
- 2001 • 50 Seiten •  
ATS 620,- bzw.  
EUR 45,06
- 2001 • 120 pages •  
ATS 600,- or  
EUR 43,60
- Strukturwandel und Kooperation in textilen Netzwerken. Unter besonderer Berücksichtigung der Vorarlberger Textilindustrie**  
*Norbert Knoll*
- Licensing, Permits and Authorisations for Industry. Emphasising SMEs**  
*Helmut Jeglitsch, Christine Mészáros-Knoll*
- Ein Erstansatz für ein nationales CO<sub>2</sub>-Emission-Trading-System**  
*Daniela Kletzan, Angela Köppl (WIFO), Barbara Buchner (Universität Graz)*
- Einige Aspekte der Lohnbildung in Österreich. Lohnunterschiede und die Zentralisierung der Lohnverhandlungen**  
*Wolfgang Pollan*
- Zukunft der Universaldienstleistungen**  
*Anna Obermair, Norbert Knoll (Koordination)*
- Bestimmungsfaktoren der Integration von Unternehmen in internationale Netzwerke**  
*Peter Huber, Daniela Kletzan*  
*<http://www.wifo.ac.at/publ/monographien/unternehmensnetzwerke.pdf> (506 KB, kostenlos)*
- Benchmarking volkswirtschaftlicher Rahmenbedingungen auf Unternehmensebene**  
*Michael Böheim*
- Einfluss des Wirtschaftswachstums auf die Arbeitslosigkeit**  
*Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen*
- Überwälzung der Getränkesteuer**  
*Gerhard Lehner, Peter Brandner, Kurt Kratena, Egon Smeral, Michael Wüger*  
*Kostenloser Download: <http://www.wifo.ac.at/publ/monographien/getraenkesteuer.pdf> (342 KB)*
- 50th Euroconstruct Conference: The Outlook for the European Construction Sector 2001-2003**  
*Conference Report*
- Anwendung der Lasertechnik in der österreichischen Industrie. Ökonomische Potentiale des Lasertechnikeinsatzes**  
*Norbert Knoll*
- The International Fragmentation of the Value Added Chain. The Effects of Outsourcing to Eastern Europe on Productivity, Employment and Wages in Austrian Manufacturing**  
*Peter Egger, Michael Pfaffermayr, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer*

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz, A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (1) 798 26 01/282, Fax (1) 798 93 86, E-Mail [Christine.Kautz@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kautz@wifo.ac.at)